

der Grundrechte, worin sich eine Akzentverschiebung des Rechtsschutzes von der Abwehr hoheitlicher Eingriffe hin zur Streitschlichtung zwischen Privaten andeutet (vgl. S. 132); schließlich die Ausweitung und Vermehrung sozialstaatlicher Garantien, an der eine extensive Verfassungsauslegung der Rechtsprechung einen nicht unerheblichen Anteil hat (vgl. S. 161).

*Andreas Timmermann*

*Ulrich Mücke*

### **Der *Partido Civil* in Peru 1871-1879**

Zur Geschichte politischer Parteien und Repräsentation in Lateinamerika

Studien zur modernen Geschichte, Band 50

Frank Steiner Verlag, Stuttgart, 1998, 384 S., DM 88,--

Vor dem Hintergrund der Re-Demokratisierungswelle in Lateinamerika ist auch das Interesse an den frühen Erfahrungen mit demokratischen Institutionen in dieser Weltregion gestiegen. Während die Politikwissenschaft seit einigen Jahren dank einer stattlichen Anzahl übergreifender Analysen auf hohem Niveau über Formen und Determinanten der jüngeren Transitionsprozesse sowie den inzwischen erreichten Grad der demokratischen Konsolidierung debattiert, gleicht allerdings der Wissensstand hinsichtlich der Herausbildung politischer Systeme im 19. Jahrhundert einem unvollendeten Puzzle, in dem viele zentrale Stücke fehlen. Der Wert methodisch solider und durch ein intensives Quellenstudium gut abgesicherter Mikrostudien wie diejenige des Historikers Ulrich Mücke über den *Partido Civil* in Peru (1871-1879) ist daher besonders hoch einzuschätzen.

Die als Dissertation an der Universität Hamburg eingereichte Monographie erforscht einen bisher wenig beachteten, aber bedeutsamen Aspekt der politischen Organisation und Repräsentation im Peru des 19. Jahrhunderts. Vielmehr ist auf die historische Bedeutung hinzuweisen: 1871 gelang es dem im *Partido Civil* organisierten, im Finanzwesen und der Exportagrikultur verwurzelten "Bürgertum" erstmals, in einem regulären Wahlprozeß den traditionellen Politikern das Präsidentenamt zu entreißen. Die junge politische Organisation verteidigte das höchste Amt im Staat bis zum sogenannten Salpeterkrieg zwischen Chile und Peru (1879-1883). Dieser Konflikt bedeutete für Peru insofern eine wichtige Zäsur, als aufgrund der militärischen Niederlage der Bankensektor ruiniert wurde und die Salpeterminen an das Nachbarland fielen. Zugleich glitt die als Devisenbringer wichtige Guano-Branche in eine Krise. Das "bürgerliche" Modernisierungsprojekt des *Partido Civil* war damit zumindest vorübergehend gescheitert. Erst 1895 eroberte der *Partido Civil* – mit neuen Kräften – erneut das Präsidentenamt, das er bis 1919 nicht mehr abgab.

Mücke untersucht die Vorgeschichte des *Partido Civil*, die soziale Zusammensetzung der Mitglieder in der Hauptstadt Lima (Kapitel 2), die interne Organisation, die sich in Wahlveranstaltungen und parlamentarischen Aktivitäten manifestierte (3), sowie die Wechsel-

wirkung zwischen den Administrationen Manuel Pardo (1871-1876) sowie Mariano Ignacio Pardo (1876-1879) auf der einen Seite und den Lokalorganisationen auf der anderen Seite (4). Die Abschnitte über die Vorgeschichte betitelt der Autor etwas provokativ mit "Die Entwicklung des Bürgertums zur politischen Kraft". Damit deutet er an, daß sich die Träger des *Partido Civil*, im Gegensatz zu den zuvor dominierenden oligarchischen und militärisch-caudillistischen Kräften, aus einem gesellschaftlichen Segment rekrutierten, das moderne Entwicklungsvorstellungen vertrat. Als Kerngruppe und programmatischen Impulsgeber identifiziert er die schmale, aber sich im Aufschwung befindende Gruppe städtischer Akteure im Finanz- und Handelsbereich. Diese kämpften für ökonomischen Liberalismus und einen starken Staat, der in der Lage war, eine wirksame Ordnungspolitik zu betreiben und eine Steuerungsfunktion in der wirtschaftlichen Entwicklung zu übernehmen. Die in der europäischen Bürgertumsdiskussion in den letzten 15 Jahren betonten Aspekte der Lebensformen, Einstellungen und Werte als Kriterium für Bürgerlichkeit werden nur am Rande behandelt. Es bleibt somit offen, inwiefern auch kulturelle Merkmale zusammenhangstiftend wirkten. Kapitel 3 über die Wahlen und die Parteiorganisation dreht sich weitgehend um die zentrale Figur Manuel Pardo. Ihm gelang es, über Clubs, Pressekampagnen und Massenveranstaltungen nicht nur in Lima, sondern auch in den Hochland-Departements Cuzco, Arequipa und Puno, wo ganz andere sozioökonomische Bedingungen als in Lima herrschten, "Provinzeliten" (warum eigentlich nicht "Provinzbürger"?) und Handwerkerorganisationen anzusprechen. Des weiteren untersucht Mücke Debatten im Senat, um Aufschlüsse über Fraktionen im Untersuchungszeitraum zu gewinnen. Obwohl sich der Eindruck aufdrängt, daß die organisatorische Verfestigung relativ gering war, gelang es doch, mit einer knappen Programmatik und einem geographisch weit ausgreifenden Beziehungsnetz zahlreiche Anhänger zu mobilisieren und zu repräsentieren. Die vertiefende Untersuchungen der Mechanismen, die zur Formierung und Konsolidierung dieser heterogenen Bewegung beitrugen, wäre sicherlich ein lohnendes Unternehmen – gerade auch vor dem Hintergrund der derzeit intensiv geführten Diskussion über die Nationsvorstellungen und den Nationsbildungsprozeß im Untersuchungszeitraum. Im 4. Kapitel wird das Zusammenspiel der "Provinzeliten" und der Handwerkerschaft mit der Regierungspolitik beleuchtet. Mücke betont hierbei weniger die bei vergleichbaren Untersuchungen häufig hervorgehobenen Macht- und Abhängigkeitsstrukturen als das "Beziehungsnetz". Einrichtung und Betrieb dieses Netzes – so macht er glaubhaft geltend – waren die eigentliche Leistung der charismatischen Spitzenpolitiker des *Partido Civil*.

Insgesamt ist Mücke ein überzeugendes Werk gelungen. Wie erwähnt verdienten einige Teilaspekte, etwa die Bürgertumsthese oder die Netzwerkthese, eine vertiefende Betrachtung, doch schmälert dies die Gesamtleistung nicht. Es ist zu hoffen, daß in der historischen Forschung über Lateinamerika das spannende Themenfeld der Wahl- und Parteienforschung vermehrt Beachtung findet. Nur auf der Grundlage fundierter Erkenntnisse sind generalisierende Aussagen über Entstehung, Implantierung und Wandel früher demokratischer Institutionen sowie Ländervergleiche möglich.

*Thomas Fischer*